



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 02.03.2009

Beginn: 19:55 Uhr

Ende: 22:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

bis TOP 4

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

bis TOP 6

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Garlin
Frau Stadträtin Kapfer

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Fessler Ordnungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Abenteuerspielplatz Biberach - Aufhebung Sperrvermerk	28/2009
3.	Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld I/II"	17/2009
	a) Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan	
	b) Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften	
4.	Bebauungsplan "Rammingerstraße West"- Aufstellungsbeschluss	23/2009 neu
5.	Bauen in der historischen Altstadt Biberach; hier: Änderung der Gestaltungssatzung "Altstadt" und Einrichtung eines Gestaltungsbeirates	24/2009 + 24/2009-1
	- Antrag der FW/UB-Fraktion vom 07.08.06 auf Überprüfung und Aktualisierung der Gestaltungssatzung "Altstadt"	
6.	Textbebauungspläne "Ausschluss von Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln in Gewerbe- und Industriegebieten"	18/2009
7.	Entwässerungskonzept für das Gewerbegebiet Flugplatz in Biberach	8/2009
8.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2008	10/2009
9.	Sicherheit in der Stadt Biberach	26/2009
10.1.	Verschiedenes: Energetische Probleme im Wieland-Gymnasium	
10.2.	Verschiedenes: Stadtseniorenrat	
10.3.	Verschiedenes: Geldanlage bei Lehman Brothers	
10.4.	Verschiedenes: Jahrmärkte	
10.5.	Verschiedenes: Findlinge im Grünen Weg	
10.6.	Verschiedenes: Anträge der FDP zum Haushalt	

Die Mitglieder wurden am 17.02.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 26.02.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Bebauungsplan „Rammingerstraße West“

Herr Dr. Reichel spricht den Bebauungsplan „Rammingerstraße West“ an und lässt wissen, das Flurstück 578/3 gehöre seiner Frau, die daher von den Baumaßnahmen direkt betroffen sei. Er meint, der Beschlussantrag müsse ergänzt werden. Es sei nicht wie in der Vorlage dargestellt richtig, dass die Bebauung des Bestandes zweigeschossig sei. Im Gebiet seien keine zweigeschossigen freistehenden Einfamiliengebäude zu finden, auf die sich die Vorlage beziehe. Da die Erschließungskosten von den Grundstückseigentümern getragen werden müssten, entstehe eine Art Privatstraße. Diese dürfe keine Durchfahrtsmöglichkeit bieten, da sie sonst sicher von den Bewohnern des gesamten Viertels als bequeme Verbindung zur Saulgauer Straße benutzt würde.

OB Fettback stellt klar, eine Bürgerfragestunde sei im Grunde dafür klar, Fragen zu stellen. Dennoch danke er für das Statement. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens finde eine Bürgerbeteiligung statt, bei der derartige Dinge aufgenommen würden. Man stehe erst am Anfang des Verfahrens. Eine Nachverdichtung sei aus ökologischer Sicht wichtig. Man weiche hier bewusst vom 100 %-Beschluss ab und halte dies im gegebenen Fall für vertretbar. Dadurch hätten die betroffenen Eigentümer aber auch eine erheblich höhere Wertschöpfung, was die vorgeschlagene Erschließung rechtfertige.

BM Kuhlmann verdeutlicht, optisch handle es sich im Gebiet um eingeschossige Gebäude, nach Baurecht seien sie jedoch als zweigeschossig einzustufen, weshalb die Aussage in der Vorlage richtig sei. Man habe bewusst eine Stichstraße ohne Durchfahrtsmöglichkeit gewählt, um die angesprochene Gefahr zu vermeiden.

Gestaltungssatzung

Herr Hagen Vollmer spricht als Vertreter des Stadtforums und meint, mittlerweile würden neue, erfreuliche Wege der Transparenz und zur Bürgerbeteiligung gewählt. Als Beispiel nennt er die geplante Gestaltungssatzung. Diese enthalte seines Erachtens zwei unglückliche Formulierungen. Er nennt den Maßstab der Brauerei Biber, bei der auch die Bürgerbeteiligung nicht sehr umfassend gewesen sei. Zweitens sei die Möglichkeit der Aushebelung der Stadtbildsatzung Teil A zu nennen, da Ausnahmemöglichkeiten gegeben seien. Er sehe der weiteren Entwicklung allerdings positiv entgegen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 28/2009 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf erklärt sich namens der CDU-Fraktion einverstanden. Vom Grundsatz habe man bereits zugestimmt. Man freue sich, dass die mittelfristige Finanzierung gesichert erscheine. Man gehe davon aus, dass Auflagen eingehalten würden.

StRin Kübler gratuliert namens der SPD-Fraktion dem Verein für die Finanzierungszusage, die eine tolle Honorierung der Bemühungen darstelle. Man stimme der Aufhebung des Sperrvermerks zu. Dieses Vorzeigeprojekt erleichtere sicher die Sponsorensuche. Sie wünscht den Verantwortlichen viel Glück, helfende Hände und Durchhaltevermögen.

Auch die Freien Wähler freuen sich laut StRin Goeth über die Verwirklichung des Abenteuerspielplatzes. Es sei erfreulich, was mit privatem Engagement immer wieder gelinge.

StR Späh meint, die kinderfreundliche Stadt wachse, worüber sich die Grünen freuten. Man wünsche viel Erfolg.

OB Fettback dankt Frau Reisch und Herrn Maucher für die bislang geleistete Arbeit und allen, die hieran beteiligt seien. Dieses bürgerschaftliche Engagement sei toll.

Frau Reisch dankt herzlich und versichert, man versuche das in den Verein gesetzte Vertrauen umzusetzen.

Es wird applaudiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Sperrvermerk auf HHSt. 2.5800.960122.5-400 in Höhe von 50.000 € für die Erstausrüstung des Aktiv- und Abenteuerspielplatzes wird aufgehoben.

TOP 3 Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld I/II"
a) Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan
b) Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften

17/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 17/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 17/2009 festgehaltenen Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen der Träger öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahme dem jeweiligen Vorbringer gemäß § 3 Abs. 1 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung der Anregungen.**
- 2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan „Talfeld I/II“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 890/34 vom 27.01.2009 Index 4 nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 27.01.2009 Index 4 werden nach § 74 LBO i. V. mit § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 23/2009 neu zur Beschlussfassung vor. Sie entspricht der mehrheitlichen Empfehlung des Bauausschusses vom 12.02.09.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein. Man habe viele Gespräche geführt und alle beteiligten Eigentümer seien bereit, im Rahmen des Erschließungsvertrags die Straße zu 100 % zu finanzieren. Danach gehe sie ins städtische Eigentum über. Es handle sich um fünf große Grundstücke. Optisch handle es sich angedacht um eingeschossige Bebauung, rechtlich sei dies jedoch zweigeschossig. Mit dem Bebauungsplan gelinge eine homogene Weiterentwicklung der vorhandenen Situation. Die konkrete Fixierung erfolge im weiteren Verfahren.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sei grundsätzlich für die Weiterentwicklung dieser Baugrundstücke, was schon lange vorgesehen sei. Unter dem Aspekt der Nachverdichtung sei dies sinnvoll. Den berechtigten Bedenken der Anlieger habe man Rechnung getragen und es sei klar, dass eine maßstabsgerechte Bebauung erfolgen müsse. Die Bürger hätten noch zweimal Gelegenheit, sich zu äußern und er lädt sie ein, sich zu beteiligen. Erste Anregungen seien in der Vorberatung bereits berücksichtigt worden und man sehe kein Konfliktpotenzial.

StR Keil führt aus, die SPD-Fraktion freue sich, dass ein scheinbar fertiges Wohngebiet weiterentwickelt werde. Die Lebensqualität bleibe durch Rücksichtnahme erhalten.

StR Rieger erklärt eine Fortführung der bestehenden Bebauung als erforderlich und bezeichnet es als wichtig, dass keine Durchfahrtsstraße entstehe.

StRin Brunner begrüßt namens der Grünen die Maßnahme im Sinne der Innenentwicklung. Die Möglichkeit einer zweigeschossigen Bebauung müsse man auch im Sinne einer besseren Ausnutzung der Grundstücke ermöglichen.

StR Braig signalisiert seine Zustimmung. Details könne man erst besprechen, wenn Traufhöhen und ähnliches klar seien.

StR Funk sieht im Verfahren eine nachträgliche Grundstücksveränderung, die von ihm immer kritisch betrachtet würden. Normalerweise kaufe die Stadt Grünland und entscheide dann, was hieraus entwickelt werde. Er spricht den 100%-Beschluss an und fragt, was mit ihm sei. Er wünsche auch eine klare Aussage zur Nachverdichtung und kündigt an, sich zu enthalten.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Grundstücksparzellierung sei in den 70er Jahren auf dem Hintergrund von Bebauungsplänen erfolgt, die aber nicht vollzogen worden seien. Daher sehe man die Fläche als Arrondierungsfläche. Baumöglichkeiten zu bieten sei hier städtebaulich richtig. Daher habe man mit den Eigentümern nach einer Lösung gesucht, die keine Kosten für die südlich angrenzenden Eigentümer mit sich bringe. Hätte die Stadt das Gebiet erschlossen, würden die Kosten auch auf die südlichen Anlieger umgelegt, deren Grundstücke aber bereits erschlossen seien. Daher wolle man die Kosten zu 100 % von denen tragen lassen, die von dem Bebauungsplan profitierten. Man habe keine andere vergleichbare Situation in Biberach. Zur Nachverdichtung sei geplant, mögliche Lücken aufzuzeigen und auch Lösungen. Dies werde neben vielen anderen an-

stehenden Maßnahmen versucht und nebenher erledigt. Die Fläche sei im Flächennutzungsplan und im Stadtentwicklungskonzept enthalten.

StR Funk möchte das Schriftstück, auf dem die Baumöglichkeit seinerzeit zugesagt worden sei, das es laut BM Kuhlmann aber nicht gibt. Darauf kündigt StR Funk seine Ablehnung an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 2 Nein-Stimmen (StR Funk), 2 Enthaltungen (StRe Braig, Dullenkopf) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 09-004 vom 13.02.09, mit unterbrochener, bandierter Umrandung gekennzeichnete Gebiet, wird der Bebauungsplan „Rammingerstraße West“ gemäß § 2 BauBG aufgestellt.

**TOP 5 Bauen in der historischen Altstadt Biberach;
hier: Änderung der Gestaltungssatzung "Altstadt" und Einrichtung
eines Gestaltungsbeirates
- Antrag der FW/UB-Fraktion vom 07.08.06 auf Überprüfung und Ak-
tualisierung der Gestaltungssatzung "Altstadt"**

**24/2009 +
24/2009-1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 24/2009 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.09, bei der eine Änderung in der Begründung gefordert wurde, die in Drucksache Nr. 24/2009-1 dargestellt ist, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann referiert zur Vorlage und nennt sie eine Basis für die hohe Lebensqualität in der Stadt, die sich auch in der historischen Altstadt widerspiegeln. Biberach sei eine lebendige Stadt und kein Museum, man müsse aber auch bei Neubauten auf Überkommenes Rücksicht nehmen. Dies bedeute, wesentliche Gestaltungselemente herauszuarbeiten und als Rahmenbedingungen für Neubauten und den Umgang mit historischen Bauten zu definieren. Schon in der Vergangenheit habe es immer wieder Maßstabssprünge gegeben. Man müsse daher überlegen, wie diese sinnvoll in die historische Struktur eingebunden werden könnten. Er bezeichnet es als sehr ehrgeiziges Programm, das man aber auch in der Vergangenheit schon praktiziert habe. Als Beispiel nennt er das Gebäude Weberberg 32. Er dankt für die konstruktive Diskussion in den Vorberatungen.

StR Kolesch signalisiert die volle Zustimmung der CDU-Fraktion. Die Stadt sei kein Museum, sondern man müsse überkommene Strukturen bestmöglich erhalten und gleichzeitig eine pulsierende, dynamische Innenstadt ermöglichen. Neues müsse als Neues erkennbar sein. Dies hätten auch die Vorfahren so gehandhabt. Leichte Zweifel bestünden in der Einschätzung, ob man aus der Stadtbildanalyse so viele neue Erkenntnisse erhalten werde. Man sei hierauf gespannt. Die Aufteilung der Gestaltungssatzung in Teil A und Teil B bezeichnet er als sehr wichtig, da es ein großer Unterschied sei, ob ein Neubau errichtet werde oder Bestandsveränderungen vorgesehen seien. Befreiungen müssten weiterhin möglich sein. Man stimme auch dem Versuch mit einem Gestaltungsbeirat zu und sei einverstanden, dass dieser nur mit externen Fachleuten besetzt werde und beratende Funktion habe. Das letzte Wort werde also das politische Gremium haben. Über Mehrfachberatungen erhalte man sicher eine gute Qualität, diese dürfe aber nicht als zwingend gedacht werden. Sehr wichtig sei es, die Zeitachsen und Belastungen potenzieller Bauherren zu beachten. Bauen in der Altstadt sei bisher schon ein sehr komplexes Verfahren und man müsse Sorge tragen, dass durch die Änderung nicht Verhinderungen oder Verzögerungen entstünden. Man sei froh über jeden Investor in der Innenstadt.

StR Keil meint, das Thema werde mit der gebotenen und nötigen Sorgfalt angegangen. Eine Stadt habe vielfältige Aufgaben und sei daher auch durch ein sehr vielseitiges Bild gezeichnet. Intern sei die Wahrnehmung von Einzelheiten oftmals schwer, weshalb ein externer Blick die Augen öffnen könne und man gespannt auf die Analyse sei. Sinn der Maßnahmen müsse es sein, den guten Ruf der Stadt zu erhalten. Der Gestaltungsbeirat solle Verwaltung und Gemeinderat zuarbeiten. Er meint, der Besuch von Städten mit einer derartigen Einrichtung könnte eventuell deren Erfahrungen sichtbar machen. Da eine Stadt von vielen verschiedenen Gruppen lebe, müsse man auch alle ins Gespräch einbinden, wozu auch kulturtragende Institutionen zählten.

StR Zügel verdeutlicht, der Wunsch der Freien Wähler zur Aktualisierung der Gestaltungssatzung sei immer vom Wunsch getragen gewesen, dass die Stadt sich weiterentwickeln könne. Mit dem

Vorschlag sei Transparenz gegeben und ebenso das Primat der Politik. Durch die Einbindung externer Fachleute erziele man einen qualitativen Fortschritt. Qualitative Verbesserungen erreiche man auch durch die Aufteilung in die Teilbereiche A und B. Eine Überprüfung der Festsetzungen alle paar Jahre sei richtig.

StRin Brunner führt aus, die Vorgehensweise sei in Ordnung. Zu begrüßen sei vor allem der Blick von außen. Man müsse auf die vorhandene Bausubstanz Wert legen. Man müsse Eigentümer in der Altstadt unterstützen und auch aufklären, was für einen Schatz sie hätten und ihnen nicht nur finanzielle Unterstützung gewähren, sondern sie auch mental beraten.

StR Braig führt aus, dieses Thema habe die FDP schon in ihrem Wahlprogramm gehabt. Er bezeichnet einen Probelauf als wichtig, weshalb die Befristung des Gestaltungsbeirats richtig sei. Er spricht die Stadtbildsatzung an, die über Jahre ein Streitpunkt gewesen sei und fragt, wo deren Festsetzungen künftig geregelt würden.

BM Kuhlmann erwidert, hier handle es sich um die Stadtbildanalyse, die nach wie vor in der Satzung geregelt sei. Über die Art und Weise müsse man entscheiden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Vorschlag der Bauverwaltung zum weiteren Vorgehen wird zur Kenntnis genommen. Zur Vertiefung der Diskussion und als Grundlage für spätere Beschlussfassungen wird die Verwaltung beauftragt:

- 1. auf Basis einer Stadtbildanalyse den Vorentwurf einer Gestaltungssatzung auszuarbeiten und dem Gremium zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.**
- 2. Lösungsmodelle zur Einrichtung eines Gestaltungsbeirats aufzubereiten und zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 18/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.09.

BM Kuhlmann reißt das Thema kurz an. Flächendeckend über Biberach seien alle Bereiche mit Gewerbeflächen benannt und mit Mischgebieten, bei denen Einzelhandel mit Lebensmittel ausgeschlossen werden solle, um bestehende Standorte zu sichern. Es erfolge kein Eingriff in ausgeübte Nutzungen. Damit wolle man auch das Gewerbe stärken und nicht die wenigen vorhandenen Gewerbeflächen mit anderen Nutzungen belegen lassen.

StR Braig fragt, ob der Vorschlag aufgegriffen worden sei, alle Betroffenen schriftlich zu informieren, da die Schwäbische Zeitung nicht überall verbreitet sei.

BM Kuhlmann erwidert, man wolle prüfen, um wie viele es sich handle. Er teile die Ansicht, dass eine schriftliche Information sinnvoll wäre.

OB Fettback **sagt zu**, dies zu tun. Sollte es nicht möglich sein, werde man berichten.

StR Funk kündigt seine Ablehnung an. Nachträgliche Nutzungsänderungen seien für ihn potenzielle Enteignungen und er stimme derartigem nur zu, wenn die Eigentümer zustimmten. Für ALDI und LIDL werde alles gemacht. Anderen Anbietern nehme man nachträglich Nutzungsmöglichkeiten.

BM Kuhlmann hält entgegen, bestehende Lebensmittler genössen Bestandsschutz, was über die Bebauungspläne gesichert werde. Nur neue Standorte sollten nicht möglich sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StR Funk), 2 Enthaltungen (StRe Abele, Drews) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Für die folgenden Bebauungspläne wird eine Bebauungsplanänderung eingeleitet:

Plan-Nr.	Name des Bebauungsplans	Rechtskraft vom	Lageplan-Nr.	Datum Lageplan
250+ 365	Memminger Str. – Dornwiesen Textbebauungsplan Einzelhandel	20.07.78 14.12.02	08-055	15.12.2008
264+ 365	Ziegelhausstraße Textbebauungsplan Einzelhandel	25.01.83 14.12.02	08-053	15.12.2008
274+ 365	Lohmühlstraße Textbebauungsplan Einzelhandel	18.11.83 14.12.02	08-054	15.12.2008
275+ 365	Ernst-Boehringer-Straße- Wässerwiesen Textbebauungsplan Einzelhandel	28.09.02 14.12.02	08-061	22.12.2008
348 365	Freiburger Str. – Nord Memminger Straße nördlich Kö- nigsbergallee	15.03.03 14.12.02	08-059 08-056	22.12.2008 15.12.2008

Plan-Nr.	Name des Bebauungsplans	Rechtskraft vom	Lageplan-Nr.	Datum Lageplan
108	Ortsbauplan Wilhelmstr.	12.02.37	08-057	15.12.2008
109	Ortsbauplan Bleicher- u.Walkstraße	05.06.37		
168	Änderung der Einmündung der Wilhelmstraße in die Ehinger Str.	05.01.63		
218	Verbreiterung südl. Bleicherstr	18.07.70		
232	Änderung des Ortsbauplans, Gebiet Wilhelmstr-Eisenbahnstr.Güterhall.	01.07.69		
365	Bleicherstraße	14.12.02		
368	Ergatten – 1. Änderung	17.05.03	08-060	22.12.2008
374	Haken-Tiefenwiesen Teil 1 – 1. Än- derung	24.04.04	08-064	22.12.2008
376	Aspach-Süd	12.11.05	08-062	22.12.2008
377	Wolfental – 1.Änderung	13.05.06	09-001	26.01.2009
378	Teuchelhalde	08.07.06	08-058	22.12.2008
380	Teuchelhaldenstraße - Sandgraben- straße	05.07.06	09-002	26.01.2009
381/1	Adolf-Pirrung-Straße- Magdalenenstraße-EnBW-Areal	26.05.07	08-063	22.12.2008

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 8/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Gemeinderat am 26.01.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Entwässerungskonzept für die Ableitung des Schmutzwassers und des Niederschlagswassers aus dem Gewerbegebiet Flugplatz wird zugestimmt.**
- 2. Das Ingenieurbüro ES Tiefbauplanung, Mittelbiberach wird auf Grundlage der HOAI 2002 mit den weiteren Ingenieurleistungen stufenweise beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 10/2009 zur Information vor.

EBM Wersch referiert über die Vorlage und stellt unter anderem fest, durch die deutlich geringere Rücklagenentnahme als geplant verbessere sich die Ausgangslage für die Jahre 2009 ff.. Diese würden dennoch schwierig. Man hoffe zum 3. Quartal mehr Sicherheit zu haben. Sofern dies nicht gelinge, müsse man noch 2009 reagieren. Im Jahr 2010 seien auf jeden Fall Kürzungen erforderlich, die es intelligent zu beantworten gelte. Er bittet den Gemeinderat um Zurückhaltung, damit keine weiteren Lasten für den Haushalt entstünden. Als Fazit stellt er fest, es handle sich um einen glänzenden Rückblick und einen getrübbten Ausblick.

StR Wiest meint, EBM Wersch habe die Situation hervorragend skizziert. Augenblicklich könnte der Eindruck entstehen, die Wirtschaftskrise gehe an Biberach vorbei. Es sei aber sicher davon auszugehen, dass die Jahre 2009 und 2010 schwieriger würden. Die Geldanlagen stellten eine gute Absicherung für die nächsten Jahre dar, seien aber auch nötig, um erhöhte Umlagezahlungen leisten zu können und da der laufende Betrieb schon immer auf einem hohen Niveau sei. Daher dürfe man keine neuen Wünsche äußern, sondern müsse die Mehreinnahmen sorgfältig zurücklegen. Schon im normalen Haushalt habe Biberach ein Konjunkturprogramm aufgelegt und investiere dort, wo Entlastungen für künftige Haushalte zu erwarten seien. Man hoffe, dass die Unternehmen weiterhin gute Geschäfte machten. Er meint, die Situation werde für Biberach nicht so schlecht, wenn man weiterhin sorgfältig mit den Finanzen umgehe.

StRin Kübler sieht den traurigen Ausblick ähnlich wie StR Wiest. Es seien Informationen zum Konjunkturpaket erforderlich und sie fragt, ob man hierzu demnächst eine Informationsvorlage erhalte.

OB Fettback führt aus, 65 % der Mittel sollten in Bildung und Betreuung unter energetischen Aspekten investiert werden. Dies werde voraussichtlich auf die Städte anhand der Kinder- und Schülerzahlen heruntergebrochen. Sofern nur die Schulen in städtischer Trägerschaft berücksichtigt würden, könne man mit 2,2 – 2,5 Mio. € rechnen, wobei ein 25%iger Eigenanteil geleistet werden müsse. Man habe die denkbaren Maßnahmen verwaltungsintern zusammengestellt. Sobald mehr Klarheit herrsche, was für Ende der Woche angekündigt sei, werde ein Maßnahmenpaket unterbreitet. Große Sorgen bereite, dass es nicht gelungen sei, das Moment der Zusätzlichkeit zu definieren. Keinesfalls dürfe es sich um Investitionen handeln, die schon 2009 vorgesehen gewesen seien. Sofern Planungen vorlägen sei dies unschädlich.

StR Zügel bezeichnet die hohe Belastung des Verwaltungshaushalts als Achillesferse, dennoch müsse man die Kirche im Dorf lassen und feststellen, dass man per Saldo gut aufgestellt sei. Man müsse Sorge tragen, dass die laufenden Ausgaben nicht anstiegen.

StR Gehring bezeichnet die Rücklagen als sehr gut und meint, hierüber könne man froh sein. Man stehe erst am Anfang der Konjunkturkrise, die sich branchenunterschiedlich auswirke. Gut sei, dass man aufgrund der guten Haushaltslage die vorgesehenen Projekte umsetzen könne.

StR Funk fragt, wann der Jahresabschlussbericht 2008 vorgelegt werde. Mit den realisierten Zuführungsraten befinde man sich auf der sicheren Seite. Mit einer Grundsatz einschätzung warte er

ab, bis die Doppik eingeführt sei. Die FDP stehe auf jeden Fall drei Jahre dazu, dass Geplantes auch realisiert werde. Er bittet, die Geldanlagen in Rückstellungen und Rücklagen aufzuteilen und dies entsprechend darzustellen. Es müsse auch ausgeführt werden, ob man Zinsen erwirtschaftet habe oder nicht. Wenn alle wüssten, dass die Stadt das Geld bei Lehman Brothers angelegt habe, könne man dies auch in den Vorlagen darlegen.

Frau Leonhardt lässt wissen, zum Quartalsbericht zum 30.06.09 habe man eine entsprechende nichtöffentliche Ergänzung angekündigt.

EBM Wersch gibt zu verstehen, er habe kein Problem, die Geldanlageinstitute mitzuteilen, da man in der Regel Banken vor Ort wähle.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 26/2009 zur Information vor.

StR Dullenkopf dankt für die Aktivitäten. Die Besetzungen der Arbeitskreise und der Lenkungsgruppe sei diskussionswürdig. Sie seien stark durch Institutionen der sozialen Kontrolle belegt. Er fände eine Einbindung der Vereine wichtig. Auch Wirte und Institutionen, die informell am gesellschaftlichen Leben teilnahmen, sollten seines Erachtens in der Lenkungsgruppe vertreten sein. Er bittet dies zu überdenken. Die Probleme des Einsatzes des Präsenzdienstes nach 24 Uhr müssten an anderer Stelle thematisiert werden. Diese Kontrolle funktioniere nicht über die Polizei, die keine präventive Anwesenheit leisten könne, was aber erforderlich sei.

OB Fettback lässt wissen, man habe alle Vereine mit dem Ziel angeschrieben, dass sie einen Vereinsvertreter in die Lenkungsgruppe entsenden. Zum Einsatz nach 24 Uhr solle man die Wirkung des ausgedehnten Präsenzdienstes abwarten.

StR Lemli gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion freue sich über die erfolgreiche Arbeit. Die Vorlage zeige, dass man den richtigen Weg eingeschlagen habe. Über die Besetzung der Gremien müsse man nachdenken. Froh sei man, dass das Thema Alkohol bei den Schwerpunktthemen aufgegriffen werde. Er fragt nach der Beteiligung des JuPas und ob es zu den Sitzungen eingeladen worden sei.

Herr Fessler bestätigt letzteres. Es habe aber niemand teilgenommen.

OB Fettback dankt der Polizeidirektion und ihren Mitarbeitern für die aufgeklärten Straffälle aus der jüngsten Zeit.

StRin Goeth meint, in der Lenkungsgruppe sollten auch die Streetworker als Vertreter der Betroffenen eingebunden werden.

StR Späh meint, Gewalttaten seien glücklicherweise Einzelfälle. Die Gesellschaft benötige Zivilcourage.

StR Braig findet es nicht befriedigend, dass die Personen vom Dornahof nicht nach 24 Uhr eingesetzt werden könnten.

Zur Lenkungsgruppe führt OB Fettback aus, ihre Aufgabe sei es zu lenken, weshalb sie nicht zu groß sein dürfe. Die Vorlage sei nur ein Bericht über den Baustein der Kommunalen Kriminalprävention. Die Entscheidung, den Präsenzdienst nur bis 24 Uhr einzusetzen könne man, so gewollt, ändern. Man sei jedoch bislang der Meinung, dass die Probleme nach 24 Uhr nicht mit dem Präsenzdienst gelöst werden könnten.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 10.1 Verschiedenes: Energetische Probleme im Wieland-Gymnasium

StR Kolesch bringt vor, die Klasse 11d des Wieland-Gymnasiums habe am 09.02.09 einen Brief geschrieben. Dort würden energetische Missstände aufgezeigt, die leicht behoben werden könnten. Sofern die Aussagen korrekt seien, heiße man zum Fenster hinaus. Er empfiehlt dringend, diese Mängel unabhängig von einer Generalsanierung zu beheben.

TOP 10.2 Verschiedenes: Stadtseniorenrat

StRin Kübler zeigt sich erfreut über die Installation des Stadtseniorenrates, eine alte Forderung von StRin Jung. Nach Meinung der SPD-Fraktion sollten sich dessen Rechte mit denen des Jugendparlaments decken. Sie erkundigt sich nach der Haltung der Verwaltung hierzu und fragt, ob beispielsweise an Wahlen und ähnliches gedacht sei.

OB Fettback erwidert, die Vertreter des Stadtseniorenrates hätten im Gegensatz zu Jugendlichen unter 18 Jahren die Möglichkeit zur Ausübung eines politischen Mandats. Der Stadtseniorenrat sei daher nicht vergleichbar. Es handle sich bei ihm um eine Interessenvertretung.

StRin Goeth fügt an, die Zusammensetzung des Stadtseniorenrates sei nicht definiert. In nahezu allen Städten entsendeten die Senioreneinrichtungen einen Vertreter und zusätzlich seien engagierte Bürger zugelassen. Eine Wahl wäre ein sehr großer Aufwand und dann wäre keine Fachkompetenz garantiert.

TOP 10.3 Verschiedenes: Geldanlage bei Lehman Brothers

StR Späh erkundigt sich nach dem neuesten Sachstand zur Geldanlage bei Lehman Brothers.

EBM Wersch lässt wissen, der Einlagensicherungsfond sei dabei zu prüfen, ob die Geldanlage in Höhe von 15 Mio. € im vorhinein ausbezahlt werden könne. Man erwarte in den nächsten Tagen ein entsprechendes Schreiben, das dann von der Stadt bestätigt werden müsse. Sofern dieser Vorgang abgeschlossen sei, werde man zeitnah berichten.

TOP 10.4 Verschiedenes: Jahrmärkte

StR Lemli spricht das Thema Jahrmärkte an. Laut einem Bericht der Schwäbischen Zeitung stünden Antworten der Verwaltung auf Schreiben aus. Ferner habe der Gemeinderat Überlegungen zur Attraktivierung gefordert, nach deren Stand er sich erkundigt.

OB Fettback erwidert, der Sachverhalt sei falsch kommuniziert worden. Man sei nicht von Schreiben überhäuft worden, sondern bei der Stadtverwaltung seien zwei Schreiben eingegangen, eines davon über BILD. Man sei bezüglich der Überlegungen noch nicht so weit. Die Gemeinderatsmehrheit wolle an vier Märkten festhalten, habe aber auch erklärt, dass Attraktivierungen überlegt werden sollten. Er sehe es nicht als seine Aufgabe an, nicht mehrheitsfähige, abweichende Meinungen zu maßregeln. Die Federführung beim Projekt obliege dem Stadtmarketing, das momentan andere Prioritäten habe, beispielsweise die Vorbereitung der Gymnaestrada.

TOP 10.5 Verschiedenes: Findlinge im Grünen Weg

StR Funk bringt vor, er habe auf sein Vorbringen zu den Findlingen im Grünen Weg nichts von der Verwaltung gehört. Er fragt, ob sie dort blieben und wer veranlasst habe, dass sie dort aufgestellt würden.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Findlinge würden entfernt. Diese Maßnahme sei vom Baubetrieb selbst in Eigenregie durchgeführt worden. Man überlege eine andere Lösung.

TOP 10.6 Verschiedenes: Anträge der FDP zum Haushalt

StR Funk fragt, ob davon auszugehen sei, dass die Haushaltsanträge erledigt würden. Speziell interessiere ihn die Untersuchung zum Energieprogramm. Momentan erhielten Investoren von Solaranlagen 410 € Bundeszuschuss nicht, weil die Stadt zu viel Zuschuss gewähre. Daher seien manche nicht zum Zuge gekommen. Dieses Programm müsse daher schnell überarbeitet werden.

OB Fettback erwidert, man sei bemüht, die Anträge abzuarbeiten. Allein das Konjunkturprogramm habe ihn jedoch zeitlich stark belastet. Er signalisiert, dass man vor der Sommerpause Zwischenbilanz ziehen und informieren werde, sofern man nicht im Plan sei.

Am Wochenende finde die Klausurtagung der e.wa riss statt und dort sei auch das Thema Zusammenarbeit im energetischen Bereich mit der Stadt auf der Tagesordnung.

Die städtischen Umweltschutzförderprogramme würden von Herrn Maucher der neuen Gesetzeslage angepasst.

Gemeinderat, 02.03.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann